

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **10.12.2015** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

Gleichzeitig wird zu einer Anschlusssitzung am Montag, 14.12.2015, um 18.00 Uhr, ebenfalls im Ratssaal des Schlosses, eingeladen. Diese wird bei Bedarf abgehalten.

17.WP/Rat/031

Beginn öffentlicher Teil: 16:03 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:53 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:50 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:57 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert

- ab TOP 4 -

Birgin, Gurbet

- entschuldigt -

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Bublitz, Werner

Dralle, Karl-Heinz

Ehrhardt, Hans-

Joachim

Fleischmann, Michael

Gersemann, Christiane

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

WGS

Kaefer, Dr. Volkhard

Kizilyel, Sükrü

Knauer, Detlef

Köneke, Klaus

Kuyucu, Ahmet

- ab TOP 7 -

Leykum, Maria

- entschuldigt -

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Neitzel, Beate

Obst, Wolfgang

Peters, Kai

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rheinhardt, Michael
Schrader, Karl-Ludwig - entschuldigt -
Schulz, Kurt-Ulrich
von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Franke, Marius
Kugel, Michael
Pape, Petra
Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Aktuelle Stunde zum Thema Flüchtlinge und Asylbewerber - vertagt -
3. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 08.10. und 15.10.2015
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Friedhofsgebührenkalkulation 2016-2018 / Neukalkulation
Vorlage: 2015 0943
6. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2015 1003
7. Kindertagesstättenbedarfsplanung 2016
Vorlage: 2015 0973
8. Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist";
Beteiligung der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0985
- 8.1. Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist";
Beteiligung der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0985/1
9. Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf über den Kostenausgleich für Leistungen nach § 90 Absatz 3 SGB VIII
Vorlage: 2015 0987
10. Außerplanmäßige Auszahlung für die Beschaffung von Mobilheimen zur Unterbringung von Asylbewerbern / Flüchtlingen
Vorlage: 2015 1005

11. Kooperationsprojekt 'Nachbarschaftstreff' im Ostlandring;
Antrag auf Finanzierung der Personalstelle für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 2015 0967
12. Antrag der SPD-Ratsfraktion gemäß Geschäftsordnung - Anbau Astrid-Lindgren-
Grundschule
Vorlage: 2015 0975
13. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964
- 13.1. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/1
- 13.2. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/2
- 13.3. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/3
14. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962
- 14.1. Ermittlung Raumbedarf Gymnasium Burgdorf - Antrag der SPD-Ratsfraktion vom
04.12.2015 -
Vorlage: 2015 1008
- 14.2. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962/4
15. Entwurf Investitionsprogramm 2016
Vorlage: 2015 0963
- 15.1. Entwurf Investitionsprogramm 2016
Vorlage: 2015 0963/1
16. Haushaltssicherungskonzept 2016
Vorlage: 2015 0991
- 16.1. Haushaltssicherungskonzept 2016
Vorlage: 2015 0991/1
17. Jahresabschluss zum 31.12.2011
Vorlage: 2015 0997
18. Überplanmäßige Aufwendungen für Leistungen der Jugendhilfe - Eilentscheidung
nach § 89 Satz 1 des NKomVG
Vorlage: 2015 0992
19. Überplanmäßige Aufwendung / Auszahlung für die Förderung von Kindern in Ta-
gespflege - Eilentscheidung nach § 89 Satz 1 des NKomVG
Vorlage: 2015 0982
20. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2015 0999

- 20.1. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: 2015 0999/1
- 21. Verleihung der Bezeichnung Ehrenratsfrau
Vorlage: 2015 1001
- 22. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 16.03 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärte, dass Frau Birgin, Frau Leykum und Herr Schrader entschuldigt seien und Herr Apel und Herr Kuyucu später kommen.

Herr Weinel merkte an, dass die Tagesordnung um den TOP 2 „Aktuelle Stunde“ ergänzt wurde.

Herr Zschoch bat, wie bereits im Verwaltungsausschuss besprochen, die „Aktuelle Stunde“ aufgrund der vielen Tagesordnungspunkte auf die Sitzung im Februar 2016 zu vertagen.

Herr Weinel äußerte die Annahme, dass es im Rahmen der zu fassenden Haushaltsbeschlüsse auch Ausführungen zu dem Flüchtlingsthema geben werde.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Aktuelle Stunde zum Thema Flüchtlinge und Asylbewerber - vertagt -

- V e r t a g t -

3. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 08.10. und 15.10.2015

Einstimmig fasste der Rat folgende

Beschlüsse:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 08.10.2015 wird genehmigt.

Das Protokoll der Ratssitzung vom 15.10.2015 wird genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Kugel informierte darüber, dass die für den Rat ausgezeichnete Vorlage 2015 1002 Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz - Eilentscheidung nach § 89 Satz 1 des NKomVG nicht auf der Tagesordnung stehe, weil ein förmlicher Beschluss über die Kenntnisnahme nicht erforderlich sei.

**5. Friedhofsgebührenkalkulation 2016-2018 / Neukalkulation
Vorlage: 2015 0943**

Frau Meinig äußerte sich erfreut darüber, dass die Rekommunalisierung der Friedhofsarbeiten selbst bei einer Erhöhung des Deckungsgrades von derzeit 60 % auf vorgeschlagene 75 % bzw. 80 % zu einer Verringerung der Gebühren führe. Die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses für einen Deckungsgrad von 80 % werde sie aus sozialen Gründen nicht mittragen. Analog zum einstimmigen Ortsratsbeschluss werde sie für einen Kostendeckungsgrad von 75 % stimmen.

Herr Schulz hob ebenfalls positiv hervor, dass die Gebühren trotz einer Erhöhung des Deckungsgrades auf 80 % sinken. Die WGS-Fraktion werde dem Deckungsgrad von 80 % zustimmen.

Herr Hunze führte aus, dass die Gebührenvorschläge lediglich auf einer Kalkulation beruhten. Es bleibe abzuwarten, ob die Annahmen der Kalkulation tatsächlich eintreffen. Er erklärte, dass mit Ausnahme seiner Person die Mehrheit der CDU-Fraktion für den Deckungsgrad von 80 % stimmen werde. Er beurteile einzelne Punkte in der Kalkulation anders und werde wie im Ortsrat ausgeführt an den 60 % festhalten.

Herr Hinz teilte mit, dass sich die SPD-Fraktion insgesamt für die 80 % Regelung ausspreche. Eine Diskussion über Prozentsätze sei relativ, da die absoluten Beträge entscheidend seien. Bei einem Deckungsgrad von 80 % sei es für die Bürger/innen deutlich günstiger als in der Vergangenheit. Das Erreichen der Kostendeckung von 80 % sollte das Ziel bei der Preis- und Gebührengestaltung sein.

Herr Köneke erinnerte daran, dass die deutliche Kosteneinsparung das Ziel der Rekommunalisierung gewesen sei. Bislang werde nur über diese Ansätze geredet, jetzt liege die Beschlussvorlage vor, in der es um 75 %

oder 80 % gehe. Dieses sei ein ehrgeiziges Ziel.

Herr Fleischmann begrüßte, dass Rekommunalisierung von Aufgaben sich rechnen könne. Es sei eben nicht immer so, dass die Privaten alles günstiger machen könnten.

Mit 26 Jastimmen und 3 Neinstimmen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Neufassung des Gebührentarifs der Friedhofsgebührensatzung wird beschlossen. Für die Gebühr für die Verleihung der Nutzungsrechte wird ein Kostendeckungsgrad von 80 % festgelegt.

**6. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2015 1003**

Herr Fleischmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 18. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. 2015 1003 ergebenden (und dem Original-Protokoll als Anlage A beigefügten) Fassung erlassen.

**7. Kindertagesstättenbedarfsplanung 2016
Vorlage: 2015 0973**

Frau Gersemann teilte zusammenfassend mit, dass es drei gute Nachrichten gebe. Es werden mehr Kinder geboren und mehr Kinder mit ihren Familien zögen nach Burgdorf, das vorhandene Angebot an Krippen und Kitas sei ausreichend. Dieses Ja zu Kindern hänge maßgeblich von einem kinderfreundlichen Umfeld ab. Für dieses sei gemeinsam in der Vergangenheit gesorgt worden. **Frau Gersemann** sprach sich dafür aus, diese Aufgabe auch zukünftig weiter gemeinsam anzugehen und warb um Zustimmung.

Herr Obst schloss sich grundsätzlich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Er ergänzte, dass es seit 2012 einen stetigen Anstieg der Geburten gebe. Daraus sei abzuleiten, dass Burgdorf als Wohn- und Lebensstandort dazugewonnen habe. **Herr Obst** erklärte, dass die WGS-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Fleischmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

In Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung von 2015 werden das vorhandene Angebot an Kindertagesstätten, Horten

und Krippen sowie der Bedarf und der weitere erforderliche Ausbau gem. den Anlagen zu dieser Vorlage festgestellt.

Die im Entwurf der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2016 aufgeführten Maßnahmen werden beschlossen.

Eine Ausfertigung der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2016 wird zum Bestandteil des Originalprotokolls (Anlage 1) erklärt.

8. **Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist";
Beteiligung der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0985**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 8.1.

- 8.1. **Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist";
Beteiligung der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2015 0985/1**
-

Frau Meinig erklärte, dass die SPD-Fraktion die Teilnahme am Bundesprogramm begrüße. Die Kitas, die nicht am Bundesprogramm teilnehmen können, sollten schwerpunktmäßig von den seit Jahren bereitgestellten Mitteln für die Projektarbeit profitieren, um hier zusätzliche Sprachförderung zu ermöglichen.

Herr Obst unterstrich ebenso die Wichtigkeit des Programms und teilte mit, dass seitens der WGS-Fraktion der Vorlage zugestimmt werde.

Einstimmig fasste der Rat den folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stadt Burgdorf beteiligt sich als örtlicher Träger der Jugendhilfe mit den Kindertagesstätten AWO und Südstern am Bundesprogramm „Sprach-Kitas“.**
- 2. Der Stellenplan 2016 wird um eine befristete 0,5 S 8 Stelle für die zur Umsetzung des Sprachprogramms erforderliche zusätzliche Fachkraft in der Kita Südstern ergänzt. Die Befristung umfasst den Zeitrahmen vom 01.01.2016 bis 31.12.2019 und orientiert sich an der Dauer des Förderprogramms. Der personellen Besetzung der 0,5 Stelle wird vor dem Inkrafttreten der Haushaltsatzung und dem damit verbundenen Stellenplan 2016 zugestimmt.**
- 3. Der nicht durch den Personalkostenzuschuss des Bundes gedeckte Personalkostenmehraufwand der halben Fachkraft in der Kindertagesstätte der AWO in Höhe von 1.600,00 € wird über den jährlichen Betriebskostenzuschuss der Stadt Burgdorf ausgeglichen.**
- 4. Zur Deckung des nicht durch den Zuschuss des Bundes gedeckten Personalkostenaufwandes der Fachberatung sowie des Sachauf-**

wandes wird über den Haushalt 2016 ein Betrag in Höhe von insgesamt 1.700,00 € bereitgestellt.

5. Mit den Verbundpartnern (Stadt Laatzen, Stadt Langenhagen, Stadt Lehrte, Gemeinde Uetze) wird zur Umsetzung des Bundesprogramms eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.

**9. Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf über den Kostenausgleich für Leistungen nach § 90 Absatz 3 SGB VIII
Vorlage: 2015 0987**

Herr Kugel informierte darüber, dass die Kündigungsfrist der Vereinbarung von 2 Jahren auf 1 Jahr verkürzt werde.

Frau Meinig erklärte, dass die SPD-Fraktion die angestrebte Vereinbarung mit der Region begrüße. Bisher wurde den betroffenen Kommunen mit einem Jugendamt in der Tagespflege für ganz oder teilweise freigestellte Kinder von der Region ein pauschaler Ausgleich gezahlt, zukünftig verringere sich stattdessen die Regionsumlage um einen deutlich höheren Betrag.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Zwischen der Stadt Burgdorf und der Region Hannover wird die Vereinbarung über den Kostenausgleich für Leistungen nach § 90 Absatz 3 Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) geschlossen.

**10. Außerplanmäßige Auszahlung für die Beschaffung von Mobilheimen zur Unterbringung von Asylbewerbern / Flüchtlingen
Vorlage: 2015 1005**

Einstimmig fasste der Rat den folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt gem. § 117 Abs. 1 NKomVG i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG der Leistung einer außerplanmäßigen Auszahlung Höhe von 900.000,00 € bei dem Produktkonto 31550.787100 (Kauf von Mobilheimen für Flüchtlingsunterbringung) zu.

**11. Kooperationsprojekt 'Nachbarschaftstreff' im Ostlandring;
Antrag auf Finanzierung der Personalstelle für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 2015 0967**

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Personalkosten für das Kooperationsprojekt werden aus den zur Verfügung gestellten allgemeinen Sachkosten finanziert. Für die notwendigen Sachkosten (PC-Arbeitsplatz) sind entsprechende Mittel in die Änderungsliste zum Haushalt aufgenommen.

**12. Antrag der SPD-Ratsfraktion gemäß Geschäftsordnung - Anbau Astrid-Lindgren-Grundschule
Vorlage: 2015 0975**

Frau Gersemann verlas den Antrag der SPD-Fraktion und begründete diesen. Sie warb um Zustimmung und lobte den guten Verlauf der Diskussionen in den Fachausschüssen. **Frau Gersemann** wünschte sich dieses auch für die künftigen Beratungen zum Raumbedarf am Gymnasium.

Herr Obst erklärte, dass die WGS-Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

Herr Zschoch führte aus, dass die CDU-Fraktion dem Ergänzungsbau zustimmen werde, auch wenn die Kosten im Vergleich zu dem geringen Raumbedarf hoch seien.

Herr Braun stellte fest, dass der Rat in seiner Gesamtheit gewillt sei, allen Schulen die notwendige Ausstattung zu geben.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Kosten für einen Anbau an die Astrid-Lindgren-Grundschule sind in die Änderungsliste zum Haushalt aufzunehmen.

**13. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964**

Die Tagesordnungspunkte 13, 13.1, 13.2 und 13.3 wurden gemeinsam behandelt.

Frau Gersemann sprach dem Bürgermeister und den Mitarbeitern/innen der Verwaltung sowie aller städtischen Einrichtungen Dank aus. In 2015 sei viel Arbeit auf die Verwaltung zugekommen, erhebliche Mehrstunden wurden von den Mitarbeitern/innen geleistet. Vor allem auch auf der neuen Herausforderung der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber/innen beruhe die Ausweitung des Stellenplanes. Man rechne damit, dass der Stadt Burgdorf im kommenden Jahr ca. 400 Menschen zugewiesen werden. **Frau Gersemann** führte aus, dass neben den 8 Sozialarbeiterstellen 2 Stellen für Verwaltungsfachangestellte in der Sozialabteilung, 2 Hausmeisterstellen für die Arbeit in den Flüchtlingswohnheimen sowie 2 Stellen für Bundesfreiwilligendienstleistende eingerichtet werden sollen. Der weitere Ausbau des Kita- und Schulbereichs sei ein zweiter Schwerpunkt. Auch zukünftig müsse darauf geachtet werden, dass zusätzliche Stellen im Stellenplan sachlich gut begründet und finanzierbar seien. Im Namen der SPD-Fraktion bat sie um Zustimmung zum Stellenplan.

Herr Schulz stellte fest, dass der Entwurf des Stellenplans sehr umfangreich sei. Im Vergleich umfasst der Stellenplan 2016 insgesamt 405,75 Stellen ge-

genüber 355 Stellen im Stellenplan 2014. Dieses begründe sich z.B. im Bereich der Kindertagesstätten durch neue Stellen für Erzieher/innen, Sozial-Assistenten/innen und Küchenkräfte. Dieses seien Entwicklungen, die die Politik beschlossen habe. Der Zuwachs im Stellenplan 2016 bestehe im Bereich der Leistungsgewährung/Asyl. Im Bereich der reinen Verwaltung sei feststellbar, dass es keine Stellenzuwächse gebe. Vielmehr sei im Finanz-/Steuerbereich von 2014 zu 2016 ein Stellenabbau von 13,5 auf 12,25 Stellen feststellbar. Die Einsparung von z.B. Schreibkräften sei verträglich, da hier der technische Fortschritt nachvollzogen werde. **Herr Schulz** führte weiter aus, dass es im Fachbereich Stadtplanung, Bau und Umwelt keinen Zuwachs gegeben habe. Im Fachbereich Tiefbau, Straßen und Grünflächen habe es zusätzliche Stellen in Folge der sich rechnenden Rekommunalisierung gegeben. Die seitens der CDU geforderte Neu-/Umstrukturierung der Verwaltung sei nicht nachvollziehbar. Aus Sicht der WGS habe Burgdorf eine funktionierende Verwaltung. Die Verwaltung habe dargelegt, wozu die Stellen benötigt werden. Infolge dessen werde kein Einsparpotenzial in dem Bereich gesehen. Die WGS-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Zschoch entgegnete, dass erst in den Folgejahren absehbar sei, ob die Rekommunalisierung der Friedhofsgärtnerei zu den gewünschten Einsparungen führe. Die Äußerungen von Frau Gersemann empfinde er als sehr empathisch und er könne diesen in vielen Punkten zustimmen. Er bestätigte, dass es in vielen Bereichen zusätzliche Aufgaben gebe und in den Bereichen Schulen und Kindergärten viele Dinge gemeinsam beschlossen wurden. Auch in den nächsten Jahren werden viele neue Aufgaben auf die Stadt zukommen. Das Thema Flüchtlinge/Asylbewerber stelle neue Herausforderungen, so dass in dem Bereich personell nachjustiert werden müsse, um die Verwaltung in die Lage zu versetzen, die Aufgaben sach- und zeitgerecht zu erfüllen. **Herr Zschoch** mahnte, dass die Entwicklung der steigenden Personalkosten so nicht weitergehen dürfe. Diese Entwicklung müsse gestoppt werden. Konkrete Vorschläge für Einsparungen oder Stellenabbau könne er nicht machen, er weise aber darauf hin, dass es Profis gebe, die entsprechende Prozesse überprüfen und Beratungsleistungen anbieten. Eine moderne Ausrichtung der Verwaltung sowie die Entwicklung und Umsetzung von Digitalisierung/E-Government werde seitens der CDU-Fraktion nicht gesehen. **Herr Zschoch** unterstellte, dass ein Führungsversagen vorliege und bemängelte Versäumnisse der vergangenen Jahre, z.B. das Fehlen eines gemeinsamen Rathauses. Die Verwaltung müsse für die Zukunft fit gemacht werden. Die CDU-Fraktion werde dem Stellenplan nicht zustimmen.

Herr Baxmann zitierte Herrn Plaß aus einem Zeitungsartikel vom 19.03.2014, in dem dieser ausführte, dass der CDU Sporthallen und -plätze wichtiger seien als ein Rathausbau. Diesen Widerspruch zu den Aussagen von Herrn Zschoch nehme er mit Interesse zur Kenntnis. Leider verharre die CDU in einer Position der Negation. Sie sei aber verpflichtet, alternativ Vorschläge zu bieten, was leider nicht geschehe. Burgdorf bewege sich im Übrigen bei den Personalanforderungen im Vergleich zu anderen Kommunen am unteren Rand. Im Bereich der Kernverwaltung selbst werde eher mit Stellenabbau als mit Stellenzuwachs gearbeitet. Prozessoptimierungen sowie Digitalisierung würden bereits praktiziert.

Herr Schulz verwies auf die permanent erweiterte Ausstattung der Verwaltung mit moderner I.-K.-Technik und kritisierte das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion.

Frau Heller kritisierte ebenfalls die Vorgehensweise und die Ausführungen von Herrn Zschoch und warb bei der CDU um Zustimmung.

Herr Apel führte aus, dass die unter Position 70 im Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen Einsparungen von 100.000 € jährlich durch Prozessoptimierung darauf schließen lassen, dass die Verwaltung selbst dieses Potenzial in der Optimierung der Prozesse sehe. Wäre dieser Betrag in den vergangenen 4 Jahren der Wahlperiode erhoben worden, wäre der Anbau der Astrid-Lindgren-Grundschule erwirtschaftet.

Herr Fleischmann unterstellte, dass sich die Politik der anderen Parteien im Rat nicht unterscheide und regte die Gründung einer bürgerlichen Einheitspartei in Burgdorf an.

Mit 20 Jastimmen, 8 Neinstimmen und 2 Enthaltungen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Als Bestandteil des Haushaltsplans 2016 wird der dem Originalprotokoll als Anlage B beigefügte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen.

**13.1. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/1**

Siehe Tagesordnungspunkt 13.

**13.2. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/2**

Siehe Tagesordnungspunkt 13.

**13.3. Entwurf Stellenplan 2016
Vorlage: 2015 0964/3**

Siehe Tagesordnungspunkt 13.

**14. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962**

Die Tagesordnungspunkte 14, 14.1, 14.2, 15, 15.1, 16 und 16.1 wurden gemeinsam beraten, aber getrennt zur Abstimmung gestellt.

Die Haushaltsrede von **Herrn Hinz** ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Herr Braun bezog sich auf die Vorberichterstattung in der Presse und schloss sich von daher seinem Vorredner an. Er stellte fest, dass es sich weder um einen Sparhaushalt noch um einen Luxushaushalt, sondern

vielmehr um einen Haushalt der Notwendigkeiten handle. Der Haushalt 2016 sei insbesondere von zwei Schwerpunkten, dem Schulbau und der Flüchtlingssituation, geprägt. Für Investitionen im Schulbau seien neben den 400.000 € für die Planungen der IGS und 50.000 € für die Vorplanung für das Gymnasium auch der Anbau der Astrid-Lindgren-Grundschule und der Bau der Gudrun-Pausewang-Grundschule vorgesehen, die die Stadt in den nächsten Jahren stark beschäftigen werden. Das alles sei aber notwendig, damit Burgdorf auch weiterhin familienfreundlich bleibe. Es sei ein Zuwachs von Einwohnern und auch von Kindern wahrnehmbar. Die in den Haushalt eingestellten Finanzbeträge seien eine Zukunftsinvestition. **Herr Braun** erklärte, dass die Flüchtlingssituation in diesem Jahr große Herausforderungen gestellt habe und viel Geld investiert worden sei. Es werde aber in Vorleistung getreten, ein großer Teil werde von der Region erstattet. Er sprach den ehrenamtlichen Betreuer/innenn ein großes Lob aus. Die Aufnahme der Flüchtlinge erfolge gut und mit großem Einsatz, sei es die Einführung der Kinder in die Schulen, die Arbeit des BMGH oder die Aktionen in der Südstadt. Es werde viel getan. Der Betrag von 180.000 € im Haushalt diene nicht dazu, weitere Stellen zu schaffen oder festzuschreiben. Vielmehr sollen Projekte und die ehrenamtliche Struktur unterstützt werden. In diesem Zusammenhang sprach sich **Herr Braun** dafür aus, dass der Ausschuss für Soziales und Integration öfter tagen müsse, zweimal im Jahr sei nicht ausreichend. So könne auch der sinnvolle Einsatz der 180.000 € dort diskutiert werden. Der Haushalt sei zwar nicht ausgeglichen, aber aufgrund der aufgezeigten Notwendigkeiten könne hier nicht gespart werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Herr Schulz erklärte, dass er sich den Ausführungen von Herrn Hinz anschließen könne. Die WGS habe sich sehr intensiv mit dem Haushalt 2016 beschäftigt. Eine Erkenntnis sei gewesen, dass man gegen einzelne Punkte des Haushaltes, so wie schon in der Vergangenheit, sein könnte. Als Beispiel dafür nannte er die Aufwertung der Innenstadt durch die Auetreppe. Es ging seinerzeit um keinen großen Betrag, aber man habe die Einzelabstimmung beantragt. Insgesamt hatte die WGS dem Haushalt aber zugestimmt. **Herr Schulz** merkte an, dass in der aktuellen Presseberichterstattung die Arbeit der Stadtverwaltung und des Bürgermeisters angesichts der positiven Entwicklung der städtischen Finanzen im Jahr 2015 wie auch der in den Vorjahren von einem kritischen Ratsmitglied gelobt werde. Vor zwei Jahren habe Herr Zschoch ausgesagt, dass man aufgrund der günstigen Zeit investieren müsse. So könne man bei 1 % Zinsen und 4 % Tilgung mit 50.000 € einen Betrag von 1.000.000 € finanzieren und in einem überschaubaren Zeitraum abbauen. Das heißt, dass sich Burgdorf auch nach Aussagen der CDU mit den geplanten Investitionen auf einem richtigen Weg befinde. Er teilte mit, dass die WGS-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde

Die Haushaltsrede von **Herrn Fleischmann** ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Die Haushaltsrede von **Herrn Zschoch** ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Herr Schulz bestätigt, dass der Bedarf an Wohnraum vorhanden und unbestritten sei. Mit vorhandenen Baulücken in der Stadt sei das Problem nicht zu lösen. Es werde eine kurzfristige Entwicklung benötigt, die auch die Ortsteile einbezieht. Im Bereich Otze seien Flächen ohne großen Aufwand zu entwickeln. Im Bereich Hornweg in Schillerslage gebe es eine vor-

handene Erschließung, so dass nur noch die Ausweisung von Baugrundstücken erforderlich sei. Es seien keine Großmaßnahmen, aber sie ließen sich kurzfristig umsetzen. Auch zwischen der Weststadt und Heeßel müsse man Möglichkeiten der Wohnbauentwicklung prüfen.

Herr Baxmann ergänzte, dass Burgdorf bei der Gewerbesteuer in einem guten Umfeld liege. Bei der Steuerentwicklung habe man keine großen Sprünge gemacht. Auch bei der Gebührenentwicklung sei man Stück für Stück vorangegangen und habe z.B. im Kindertagesstättenbereich die gestiegenen Kosten eingepreist, um die Spanne zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht zu groß werden zu lassen. Die Finanzierung der Kindertagesstätten durch Elternbeiträge liege immer noch unter 20 %, alles andere zahle der Steuerzahler. Er führte aus, dass Burgdorf eine steigende Einwohnerzahl verzeichne. Das sei erarbeitet worden, weil frühzeitig darauf gesetzt wurde, die entscheidenden weichen Faktoren, z.B. Kita- und Krippenplätze, ein breit gefächertes Bildungsangebot und attraktive Freizeitangebote zu entwickeln. Durch die Verlegung der B188 sei eine positive Stadtentwicklung und eine enorme Steigerung der Stadtqualität in Gang gesetzt worden. In den vergangenen Jahren seien zudem einigermaßen gute Haushaltsabschlüsse erzielt worden. Burgdorf werde bilanziell zwar vermögender, aber nicht reicher, da Investitionen über Schulden finanziert werden und der Anteil des Eigenkapitals nicht wachse. Die Erwirtschaftung der Abschreibungen falle immer schwerer. Es werden den nachfolgenden Generationen zwar Schulden überlassen, aber auf der anderen Seite auch eine ansehnliche, für die Zukunft unabdingbare Infrastruktur. Am Beispiel der Entwicklung des Gewerbegebietes Nordwest und der anstehenden Planung weiterer Bauabschnitte verdeutlichte **Herr Baxmann** die Wichtigkeit von Investitionen in die Zukunft.

Herr Hinz wies darauf hin, dass die Methoden der bereits vorgenommenen Untersuchungen der Prozesse professionell seien und auch in der Industrie stattfänden. Ausführliche Darstellungen durch Kennzahlen liegen bereits vor. Zum Thema Wohnungsbedarf in Burgdorf wies er auf eine aktuell an den Bürgermeister gerichtete Anfrage. Dieses Problem sei durch die Stadt nicht zu lösen, so dass Investoren gefunden werden müssen. Die Schaffung von Wohnraum in größerem Maße müsse sozialverträglich auf die Stadtteile verteilt werden. Dazu seien die richtigen Standorte zu finden.

Herr Fleischmann führte aus, dass Burgdorf dringend bezahlbaren Wohnraum benötige, aber nur auf Private zu setzen, sei unzureichend. Bei sozialem Wohnungsbau müsse der Staat aktiv werden, was in den vergangenen Jahren nicht getan wurde. Es sei anzustreben, dass die Wohnungsbaugesellschaften tätig werden. Das Volllaufen des Gewerbegebietes Nordwest stellte **Herr Fleischmann** in Frage.

Herr Baxmann ging auf die Folgen der Flüchtlingsproblematik für die Stadt Burgdorf ein und wies darauf hin, dass Burgdorf auch einen erheblichen finanziellen Anteil zu tragen haben werde. Derzeit werde in der Verwaltung versucht, alle mittelbaren und unmittelbaren Kosten zu ermitteln. Für die Unterbringung von Flüchtlingen werde kurzfristig mit Containerlösungen gearbeitet werden müssen. Container könnten aber nur Lösungen auf Zeit sein, unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit müsse in andere Bauformen gewechselt werden. Es werde dabei auf eine Mischung aus privaten Investoren, aus öffentlichen Investoren und Baugenossenschaften gesetzt. Alles, was die Stadt nicht bauen müsse, sondern anmiete, sei dann tatsächlich ein durchlaufender Posten, was den Investitionshaushalt nicht belaste. **Herr Baxmann** merkte an, er hoffe darauf, dass die 15.000.000 €

im Haushalt nicht benötigt werden, wenn solide Partner gefunden werden. Es finden derzeit intensive Gespräche mit Investoren statt, problematisch dabei sei das komplizierte Vergaberecht. Die Stadt lasse sich derzeit rechtlich beraten, um in dem geringen Spielraum rechtlich sicher operieren zu können.

Herr Köneke wies unter Bezug auf die Wohnungsknappheit darauf hin, dass jede gebaute Wohnung in Burgdorf eine gute Wohnung sei. Unabhängig davon, ob es sich um Verdichtung oder ein Neubaugebiet handele, helfe jede von privaten Investoren gebaute Wohnung, die Wohnungsnot zu lindern. **Herr Köneke** übte in Anbetracht der Ermittlung der Kosten und der darauf basierenden Entscheidung Kritik an der Vorgehensweise im Zusammenhang mit dem Abriss und Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule.

Herr Hunze erinnerte daran, dass er sich gegen den Abriss des C-Traktes am Gymnasium ausgesprochen habe. Es hätte die Schulentwicklung abgewartet werden müssen. Jetzt schon fehle Schulraum und es werde bereits über einen Anbau diskutiert.

Herr Fleischmann führte aus, dass die vom Land zu erstattenden Beträge pro Flüchtling/Jahr bis 2017 steigen sollen. Die Beträge seien dennoch zu gering, da weder die soziale Betreuung noch Sprachkurse und Arbeitsvermittlung abgedeckt seien, die wiederum sehr wichtig für die Integration wären. Er appellierte an den Bürgermeister und die anderen Hauptverwaltungsbeamten, den Regionspräsidenten aufzufordern, mehr Druck auf Bund und Land auszuüben, da mehr Geld benötigt werde, um das alles leisten zu können.

Herr Peters äußerte sich betrübt darüber, dass die nächsten Generationen noch die Schulden abzahlen müssten, welche heute beschlossen werden. Abschließend wünschte er, dass in der Presse nicht in den Vordergrund gestellt werde, dass eine Haushaltsproblematik aufgrund der Asylthematik entstehe. Dieses könne zu Missverständnissen führen.

Herr Baxmann sprach sich für Ehrlichkeit und Transparenz bei den entstehenden Kosten aus, um nicht die Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Über die zu fassenden Beschlüsse wurde einzeln abgestimmt.

Mit 20 Jastimmen, 9 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die dem Originalprotokoll als Anlage C beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.

Mit 20 Jastimmen, 9 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gem. § 58 Abs. 1 Ziff. 9 NKomVG wird das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2016 in der Form, wie es sich unter Berücksichti-

gung der Beschlussfassung des Rates zur Haushaltssatzung 2016 ergibt (Anlage D zum Originalprotokoll), beschlossen.

Mit 20 Jastimmen, 9 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG wird das dem Originalprotokoll als Anlage E beigefügte Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen.

Der Haushaltssicherungsbericht 2014 wird zur Kenntnis genommen.

- 14.1. Ermittlung Raumbedarf Gymnasium Burgdorf - Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.12.2015 -
Vorlage: 2015 1008**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 14.

- 14.2. Entwurf Haushaltssatzung 2016
Vorlage: 2015 0962/4**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 14.

- 15. Entwurf Investitionsprogramm 2016
Vorlage: 2015 0963**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 14.

- 15.1. Entwurf Investitionsprogramm 2016
Vorlage: 2015 0963/1**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 14.

- 16. Haushaltssicherungskonzept 2016
Vorlage: 2015 0991**
-

Siehe Tagesordnungspunkt 14.

- 16.1. Haushaltssicherungskonzept 2016
Vorlage: 2015 0991/1**

Siehe Tagesordnungspunkt 14.

**17. Jahresabschluss zum 31.12.2011
Vorlage: 2015 0997**

Herr Weinel rief zunächst die Beratungen und die entsprechende Beschlussfassung zu den Punkten 1 und 2 der Vorlage auf.

Herr Pilgrim führte aus, dass entgegen dem Haushaltsplan für das Jahr 2011 eine Verbesserung des Fehlbetrages um 5,5 Millionen € erreicht werden konnte. Der vorliegende Jahresabschluss sei örtlich vom Rechnungsprüfungsamt geprüft worden. Das Rechnungsprüfungsamt habe festgestellt, dass die Stadt Burgdorf wirtschaftlich geführt wurde. Zusammengefasst lautet das Ergebnis, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt als gegeben anzusehen sei. **Herr Pilgrim** dankte der Verwaltung im Namen der Mehrheitsgruppe. Die zeitlich verspätete Vorlage des Jahresabschlusses 2011 sei den Schwierigkeiten der Umstellung auf die doppelte kommunale Haushaltsreform zuzuschreiben. Es bestehe auch bei den Aufsichtsbehörden Verständnis dafür. Die Mehrheitsgruppe werde der Vorlage zustimmen.

Herr Zschoch wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde. Er kritisierte, dass der Jahresabschluss nicht fristgerecht vorgelegt wurde. Selbstverständlich sei die Umstellung auf die Doppik eine Herausforderung, was aber nichts daran ändere, dass es gesetzliche Fristen gebe. Die CDU-Fraktion habe den Anspruch, dass die Jahresabschlüsse der Stadt in Zukunft entsprechend den Vorgaben aufgestellt werden. Wie in den vergangenen Jahren komme das gegenüber der Planung verbesserte Ergebnis zustande, weil viele Maßnahmen in die Zukunft verschoben wurden. Der Zustand städtischer Immobilien werde dadurch immer schlechter.

Herr Schulz stellte fest, dass Burgdorf im Vergleich zu anderen Kommunen durchaus positiv abschneide. Die Jahre 2010 und 2011 waren noch negativ geprägte Jahre, danach kommen mit den Jahren 2012, 2013 und 2014 die „goldenen Zeiten“. **Herr Schulz** dankte den Mitarbeitern von Herrn Philipps und insbesondere Herrn Voutta und erklärte die Zustimmung durch die WGS-Fraktion.

Der Rat fasste die folgenden

Beschlüsse:

Der Rat nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Stadt Burgdorf zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

mit 21 Jastimmen, 1 Neinstimme und 8 Enthaltungen:

- 1. Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) den Jahresabschluss des Jahres 2011. Mit dem Beschluss über den Jahresabschluss stimmt er gleichzeitig den über- und außerplanmäßi-**

gen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2011, die über 10.000 € liegen und die bisher nicht nach § 58 Abs. 1 Ziff. 9 u. § 117 Abs. 1 NKomVG genehmigt worden sind, nachträglich zu. Darüber hinaus nimmt er die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2011 bis 10.000 € (bei denen die Zuständigkeit gem. § 117 NKomVG i. V. m. § 6 der Haushaltssatzung 2011 beim Bürgermeister lag) zur Kenntnis.

2. Der Rat beschließt den Überschuss der außerordentlichen Erträge über die außerordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2011 (2.536.601,01 €) zur anteiligen Deckung des Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von -3.676.043,43 € zu verwenden.

Anschließend rief **Herr Weinel** die Beratung und Beschlussfassung zu Punkt 3 auf.

Herr Baxmann nahm während der Abstimmung zur Entlastungserteilung unter Punkt 3 im Zuschauerraum Platz.

mit 20 Jastimmen, 1 Neinstimme und 8 Enthaltungen:

3. Der Rat erteilt dem Bürgermeister gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 NKomVG für das Haushaltsjahr 2011 die Entlastung.

18. **Überplanmäßige Aufwendungen für Leistungen der Jugendhilfe - Eilentscheidung nach § 89 Satz 1 des NKomVG**
Vorlage: 2015 0992
-

Der Rat nimmt die überplanmäßige Aufwendung zur Kenntnis.

19. **Überplanmäßige Aufwendung / Auszahlung für die Förderung von Kindern in Tagespflege - Eilentscheidung nach § 89 Satz 1 des NKomVG**
Vorlage: 2015 0982
-

Herr Fleischmann regte an, eine Kita vorzuhalten, die den immer flexibleren Arbeitszeiten der Eltern gerecht werde.

Der Rat nimmt die überplanmäßige Aufwendung zur Kenntnis.

20. **Zuwendungen / Spenden**
Vorlage: 2015 0999
-

Siehe Tagesordnungspunkt 20.1.

- 20.1. **Zuwendungen / Spenden**
Vorlage: 2015 0999/1
-

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- **Geldzuwendung in Höhe von 500,00 € von der Stadtparkasse Burgdorf für die Feuerwehr Burgdorf (im Laufe d. J. sind bereits Spenden in Höhe von insgesamt 3.850,00 € eingegangen),**
- **Sachzuwendung in Höhe von ca. 2.700,00 €. Standrohre von den Stadtwerken Burgdorf für die Stadtfeuerwehr Burgdorf (je Feuerwehr 1 Standrohr),**
- **Geldzuwendung in Höhe von 3.500,00 € von der I-CON GmbH für eine Geschwindigkeitsanzeige in Schillerslage.**
- **Geldzuwendung in Höhe von 50,00 € von den Stadtwerken Burgdorf für den Historischen Löschzug Burgdorf.**

**21. Verleihung der Bezeichnung Ehrenratsfrau
Vorlage: 2015 1001**

Herr Kaefer erinnerte daran, dass der Rat Frau Gabriele Heldt am 08.10.2015 nach fast 20-jähriger Ratsarbeit aus dem Rat entlassen habe. Er wies auf ihre vielen Verdienste hin und beantragte, Frau Heldt zur Ehrenratsfrau zu ernennen.

Einstimmig bei 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf verleiht dem ehemaligen Ratsmitglied Frau Gabriele Heldt in Anerkennung ihrer Verdienste zum Wohle der Stadt Burgdorf als Ratsmitglied die Bezeichnung „Ehrenratsfrau“.

22. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer